

Nr. 5

(MAI 2010)

Wiesbaden international begehrt

Faires Auswahlverfahren für neue Städtepartnerschaften

"Wiesbaden ist offenkundig ein international begehrt Partner", berichtet Stefan Spallek, Vorsitzender des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration, über die Resonanz auf den Beschluss des Stadtparlaments, sich um die Ausdehnung der internationalen Kontakte auf weitere Partnerstädte zu bemühen.

Nach dem Willen der Stadtverordnetenversammlung sollen sich die Partnerschaften für die verbundenen Städte zum beiderseitigen Vorteil auswirken. Dies gelte speziell für langfristig angelegte strategische Ziele, wie die Verbesserung der Integration oder der Erschließung neuer Wirtschaftskontakte für Wiesbadener Unternehmen.

Mittlerweile lägen Anfragen aus mehreren Städten vor, darunter auch zwei von außerhalb Europas bzw. Übersee. "Wiesbaden hat jetzt die Qual der Wahl," freut sich Stefan Spallek über das Interesse an Wiesbaden. Dazu habe der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration einen Arbeitskreis gebildet, um die vorliegenden Bewerbungen zu bewerten und eine Empfehlung an das Stadtparlament zu geben. "Wir wollen allen anfragenden Städten dieselbe faire Chance einräumen," macht der Ausschuss-Vorsitzende deutlich. Deshalb werde es mit den jeweiligen Initiatoren einer jeden angeregten Partnerschaft ein Gespräch geben, um deren Chancen und Möglichkeiten zu erörtern.

Diese "Vorstellungsrunden" würden den Ausschuss noch einige Zeit beschäftigen, so Spallek: "Deshalb kann es zum jetzigen Zeitpunkt noch keine verbindliche Festlegung geben, ob und welche neuen Partnerschaften geschlossen werden." Zu dieser Feststellung sieht sich der Vorsitzende angesichts von Presseberichten veranlasst, in denen der Eindruck erweckt worden war, die Unterzeichnung eines Partnerschaftsvertrags mit der griechischen Stadt Veria sei bereits beschlossene Sache. Vielmehr sei die Stadt Veria für das Juni-Treffen des Arbeitskreises Städtepartnerschaften vorgesehen. "Bis dahin ist alles Spekulation," betont der Stadtverordnete, der nicht nur in Anbetracht der zahlreichen griechischen Gemeinden in Wiesbaden auf die westlich von Thessaloniki gele-

genen Stadt "sehr neugierig" ist. Weiter gediehen sei das Knüpfen neuer partnerschaftlicher Bande bisher lediglich dort, wo die Stadtverordnetenversammlung durch entsprechende Beschlüsse die Grundlage geschaffen hat. Dies gelte zum einen für das schweizerische Glarus, dessen langjährige informelle Beziehung zu Biebrich nunmehr als Stadtteilpartnerschaft ihre "offizielle Anerkennung" gefunden habe, zum anderen für die Anbahnung einer Verschwisterung mit dem Istanbuler Stadtteil Fatih.

Wagner: „Kruzifixe sind Zeichen für christliche Tradition Deutschlands“

„So sehr ich die Berufung von Frau Aygül Özkan zur künftigen Sozialministerin Niedersachsens als bemerkenswerte Entscheidung von Ministerpräsident Wulff begrüße, so sehr haben mich aber auch ihre Aussagen über Kruzifixe im öffentlichen Raum negativ überrascht. Deutschland ist ein christlich geprägtes Land, dies muss Frau Özkan zur Kenntnis nehmen.

Bereits im Grundgesetz wird auf die Verantwortung vor Gott und den Menschen hingewiesen. Gerade für mich als Politiker der CDU ist das Christentum Maßstab und Richtschnur meines Handelns“, stellte der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Christean Wagner, anlässlich der Diskussion über Kruzifixe im öffentlichen Raum klar.

Christliche Werte seien für einen Christdemokraten nicht nur aktuell, sondern grundlegend. Das Grundsatzprogramm der CDU bringe dies schon in seiner Einleitung auf den Punkt: „Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bild geschaffen.

Aus dem christlichen Bild vom Menschen folgt, dass wir uns zu seiner unantastbaren Würde bekennen. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person in allen Lebensphasen“, heiße es dort, so Wagner.

Der Verweis auf die freiheitlichdemokratische Grundordnung als ausreichendes Wertegerüst unseres Staates greife daher zu kurz. Sie stelle das unverzichtbare Minimum des gesellschaftlichen Konsenses dar. Der Zusammenhalt einer Gesellschaft erfordere aber mehr als Gesetzestreue. Notwendig sei ein übergeordneter Werterahmen, innerhalb dessen sich individuelle Lebensentwürfe entfalten können.“



Termine im Mai

Was? Wann? Wo? Der Terminplan Ihrer CDU Wiesbaden

Dienstag 04.05.10 19.30 Uhr	CDU Kohlheck Stammtisch in der Schönbergstube Schönbergstraße 19	Dienstag 18.05.10 19.30 Uhr	CDU DOTZHEIM UND CDU FRAUENSTEIN Gemeinsamer Stammtisch in der Gaststätte „Turnerheim“, Stegerwaldstraße 1
Mittwoch 05.05.10 20.00 Uhr	CDU MITTE Stammtisch im Symposium Dotzheimer Straße 24-26 (im Hof)	Mittwoch 19.05.10 19.00 Uhr	CDU AK ZUKUNFT UND KOMMUNIKATION Kreisgeschäftsstelle, Frankfurter Straße 18
Donnerstag 06.05.10 19.30 Uhr	CDU DELKENHEIM Stammtisch in der Gaststätte „Adler“	Samstag 22.05.10 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr	CDU BIEBRICH Erdbeerfest in der Robert-Krekel-Anlage
Freitag 07.05.10 17.00 Uhr	CDU ARBEITSKREIS SCHULE UND KULTUR Besuch der Brückenschule Wiesbaden Treffpunkt: Grundschule am Schelmengraben Karl-Arnold-Straße 14-16	Mittwoch 26.05.10 09.30 Uhr	SENIOREN UNION WIESBADEN Fahrt nach Schloss Johannisberg mit Weinprobe Abfahrt Bussteig 1 - Hauptbahnhof West Rückkehr gegen 17.00 Uhr Tel. Anmeldung bei N. Trutzel 06134/61617
Dienstag 11.05.10 19.30 Uhr	CDU WALDSTRASSE/ADOLFSHÖHE Stammtisch in den Waldstuben Waldstraße/Holsteinstraße	Mittwoch 26.05.10 19.00 Uhr	CDU DIETENMÜHLE Bürgergespräch im Hotel Klee, Parkstraße
Dienstag 11.05.10	CDU MITTE Besuch der Filmbewertungsstelle Siehe Kasten Seite 12	Samstag 29.05.10 14.00 Uhr	CDU RHEINGAUVIERTEL/HOLLERBORN Der AK Familie und Soziales trifft sich im Rahmen des 2. Stadtteilstreffes Europa- viertels auf dem Festgelände
Mittwoch 12.05.10 16.00 Uhr	SENIOREN UNION WIESBADEN Bürgergespräch im Forsthaus Rheinblick Frauensteiner Straße 117 (Buslinie 24)	Dienstag 01.06.10 19.30 Uhr	CDU Kohlheck Stammtisch in der Schönbergstube Schönbergstraße 19
Mittwoch 12.05.10 20.00 Uhr	CDU BIERSTADT Stammtisch im Anker Venatorstraße 8	Mittwoch 02.06.10 20.00 Uhr	CDU MITTE Stammtisch im Symposium Dotzheimer Straße 24-26 (im Hof)

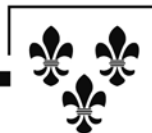
Erdbeerfest der CDU Biebrich

**Sa., 22.5.2010
10.00-12.00 Uhr
Robert-Krekel-Anlage**



Namen + Nachrichten

Die Erbenheimer CDU-Stadtverordnete Ingrid Reiß wurde bei der Jahreshauptversammlung der Kreisfrauenreferentinnen des Bundes der Vertriebenen und der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur stellvertretenden Kreisfrauenreferentin auf Landesebene gewählt. Dabei hofft sie u. a. für den Ausbau des Karlsbader Museums in Wiesbaden zusätzliche Unterstützung besorgen zu können.



„Blumen oder Bagger?“

Die Überschrift eines Artikels zur Landschaftsschutzgebietsverordnung in der Frankfurter Rundschau vor einem Monat lautete „Blumen oder Bagger?“

Sie macht deutlich, dass sich bei dem ein oder anderen vehementen Verfechter der LSGVo für das Stadtgebiet Wiesbaden das Problem auftut:

- als wären Stadt und Landschaft ein Gegensatz
- als hätten Stadtmenschen ein uner-sättliches Begehren nach immer mehr Flächen
- als hätten Landwirte nur die Maxi-mierung von Erntegewinnen zu Lasten der Natur im Sinne
- als müsse die Politik die wehrlose Landschaft vor den bauwütigen Ausbeutern schützen.

Das ist leider auch der Geist man-cher, die uns solche Schutzpläne verordnen – nicht beschließen las-sen – sondern eben verordnen.

Deshalb sage ich Ihnen für die CDU sehr deutlich: Dieser Verordnungs-entwurf ist keine Verbesserung für die Landeshauptstadt Wiesbaden sondern ein Klotz am Bein für eine qualitätvolle Entwicklung dieser Stadt. Dieser Verordnungsentwurf bedeutet eine Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und damit von kommunalen Handlungs-möglichkeiten. Wiesbaden kann nicht mehr selbst abwägen, kann noch weniger selbst entscheiden, wo sie ein Neubaugebiet für junge Fa-milien in den Vororten ansiedeln will, sie muss künftig um Geneh-migung bitten.

Das ist Flächenpolitik an der Zu-kunft dieser Stadt vorbei; an der Zukunft einer Landeshauptstadt, die nach den Bevölkerungsprognosen in den nächsten Jahren weiter wachsen wird.

Das bestätigen Ihnen die Ortsland-wirte dieser Stadt, die über Jahr-zehnte Ihre Anbauflächen so pfl-egen, dass sie nachhaltig dort Obst, Getreide und Gemüse anbauen kön-nen, um die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener auch langfristig mit heimischen Produkten zu versorgen.

Diese Verordnung ist ein Schlag ins Gesicht der Landwirte.

Das bestätigen Ihnen die vielen Ver-eine (Sport, Heimat, Naturvereine, Kinder-/Jugendeinrichtungen) in dieser Stadt, die seit Jahren ohne Antragstellung und Ausnahmege-nehmigungen Beispielhaftes für Natur und Umweltschutz leisten.

Vereine, die Kinder auch ohne An-tragstellung und Ausnahmegenehmigungen mit Hilfe von Zeltlagern, Grillfesten oder Wald- und Bach-gängen für einen respektvollen Um-gang mit unseren empfindlichen Naturräumen sensibilisieren. Diese Verordnung ist ein Schlag ins Ge-sicht dieser Vereine

Das bestätigen Ihnen auch die vie-len etwas außerhalb liegenden Orts-beiräte mit zumeist einstimmigen Voten von CDU, FDP, SPD und Grünen, dass sie sich alleine gelas-sen fühlen mit ihren ehrenamtlichen Engagements zum Wohle Ihrer Stadtteile

- zum Wohle von Naurod, Heßloch, Rambach, Medenbach und ganz besonders Breckenheim – wo jun-ge Familien künftig kaum oder keine Bauvorratsflächen mehr fin-den, um sich in der Nähe ihrer Fa-milienangehörigen aufzuhalten und nur so eine Chance haben, die Infrastruktur der Stadtteile sichern zu können
- zum Wohle von Bierstadt und Me-denbach, wo wichtige die Men-schen entlastende Umgehungsstra-ßen in einem LSG schlicht und einfach nicht realisiert werden können.

- Zum Wohle von Frauenstein, wo die Regularien und Einschränkun-gen für die Landwirtschaft, den Obst- und Weinbau die Existenzsi-cherung der Erzeuger gefährden.

Und deshalb bin ich sehr froh, dass wir im Rahmen der Diskussionen um diese Verordnung so eindeutige, so fundierte, so überzeugende Voten aus den Ortsbeiräten und von Seiten der Landwirtschaft erhalten haben, dass es uns gelungen ist, eine breite Mehrheit für wichtige Änderungen an diesem Entwurf zu erzielen – auch wenn es aus Sicht der CDU noch nicht genügend Änderungen sind.

Dazu zählen:

- dass die im letzten Jahr vom RP von der Zone 2 in die mit noch mehr Restriktionen belegte Zone 1 gestuften Bereiche wieder in die Zone 2 versetzt werden. Das sorgt dafür, dass diese Flächen wieder für Erholungsnutzungen (Sport, Freizeit ...) genauso zur Verfüg-ung stehen, wie dort weiter Landwirt-schaft, Wein- und Gartenbau be-trieben werden kann.
- dass Flächen, die von der Stadtver-ordnetenversammlung bereits in B-Plänen festgesetzt wurden, nicht im LSG liegen sollen. Bierstadt (Neu Wolfsfeld), Sonnenberg (NÖ Hirtenstr.), Kloppenheim (Ban-gert), Igstadt (Oberbeg), weil nur so die Gartennutzung wie bisher gewährleistet werden kann.
- dass in Schutzzonen gelegene Gär-ten in ihrer Nutzbarkeit nicht schlechter gestellt werden als bis-her.
- Auch die vom RP bereits vorge-nommene Änderung, die insbeson-dere für Frauenstein und Kloppen-heim maßgeblich sein wird, dass abgängige Hochstämme ohne ein aufwendiges Genehmigungsver-fahren durch Niederstämme ersetzt



werden dürfen, die auch noch geerntet werden können, ist eine wichtige Korrektur.

Für diese zahlreichen detaillierten Anregungen gebührt vielen Ortsbeiräten und der Landwirtschaft ein besonderer Dank! Wenn wir heute den vom RP vorgelegten Entwurf für die LSGVo der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beschließen hätten, würde die CDU diesen Plan ablehnen! Wir haben ihn aber nicht zu beschließen, sondern wir haben eine Stellungnahme zu verfassen, die dem RP die Position der Stadt Wiesbaden deutlich macht. Und

diese Stellungnahme hat nach zähen Verhandlungen und vielen Gesprächen unsere volle Zustimmung, wengleich ich ausdrücklich hinzufügen muss, die Stellungnahme geht in Ihrer Konsequenz aus Sicht der CDU nicht weit genug, um die bauliche Entwicklung dieser Stadt zu sichern.

Neben den bereits zahlreich existierenden Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen zum Schutze von Landschaft und Natur sind es in erster Linie die Menschen selbst, die in dieser Stadt leben, die auf die umliegenden Landschaften achten;

Die auch darauf achten, dass solchen, die dies nicht tun (von denen gibt es natürlich auch welche) Einhalt geboten wird.

Und der Gesetzgeber sollte aufpassen, dass dieses Engagement zum Schutze unserer Lebensräume und unserer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen (kein Widerspruch) nicht durch weitere vielfach übertriebene Regularien zerstört wird.

Von daher dürfte die Überschrift nicht heißen „Blumen statt Bagger“ sondern „Blumen und Bagger“

Finanzpolitische Entscheidungen auf Kosten der Kommunen

„Der Bund und das Land drohen, die kommunalen Finanzen auszuhöhlen“, so der Vorsitzende der CDU-Rathausfraktion, Bernhard Lorenz. „Ich habe volles Verständnis dafür, dass sowohl der Bund als auch das Land angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation nach Einsparmöglichkeiten suchen. Dies darf aber nicht auf dem Rücken der Kommunen geschehen“, so Lorenz weiter.

In letzter Zeit habe es eine ganze Reihe finanzpolitischer Entscheidungen zu Lasten der hessischen Kommunen gegeben, führt der Kommunalpolitiker aus.

„So mussten wir hinnehmen, dass das Land die Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs um 400 Mio. Euro, also um 14 Prozent, gekürzt hat. Auch wurden Bundeszuschüsse für den Ausbau der Kinderbetreuung vom Land nur unvollständig bzw. verspätet weitergegeben“, betonte Lorenz. Jüngstes Beispiel sei die Entscheidung des Landes zur Mindestverordnung gewesen.

Zudem lege auch der Bund ein ähnliches Verhalten an den Tag, indem er beispielsweise mit den



Anforderungen zur Kinderbetreuung und der Senkung des Bundesanteils für die Kosten der Unterkunft nach SGB II zusätzliche Kosten bei den Kommunen abgeladen habe, so der CDU-Politiker.

Vor dem Hintergrund dieser Entscheidungen des Bundes und des Landes stelle sich schon die Frage nach der Handlungs-

fähigkeit der Kommunen. Es könne nicht sein, dass die Kommunen bei der Umsetzung von Entscheidungen, die auf höheren Ebenen getroffen wurden, finanziell allein gelassen werden, so der CDU-Politiker.

„Die hessischen Kommunen sind auf die Zuverlässigkeit von Bund und Land angewiesen. So wie zuletzt darf es nicht weitergehen, sonst droht die Aushöhlung der Kommunalfinanzen; und dies gilt es abzuwehren“, sagte der Wiesbadener Unionsfraktionschef.

„Diese Position werden wir im Interesse Wiesbadens auch gegenüber der „eigenen“ Regierung sehr nachdrücklich vertreten“, betonte Bernhard Lorenz und verwies darauf, dass seine Fraktion dies in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung thematisieren werde.



Brückenlauf zugunsten der Brückenschule - Ehrenamtliches Engagement für kranke Kinder unterstützen

In der Brückenschule Wiesbaden, der früheren Schule für Kranke, werden bis zu 110 Kinder aus Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus unterrichtet, die krank sind und dadurch ihre Regelschule längerfristig nicht besuchen können. Die Kinder sind meist psychisch krank, leiden unter Angstzuständen, Depressionen oder Psychosen. Die rund 20 Lehrer unterrichten aber auch krebskranke Kinder z. B. zu Hause oder an den Dr. Horst-Schmidt-Kliniken sowie dauerbeatmete Kinder im Haus „Zwerg Nase“.

Die Brückenschule ist derzeit in zwei Unterrichtsräumen der Grundschule am Schelmengraben untergebracht, wo die räumlichen Bedingungen für die staatliche Förderschule sehr schlecht sind: Es gibt nicht genug Klassenzimmer, so dass die Kinder teilweise auf dem Gang unterrichtet werden. Es fehlen auch Bewegungs- und Rückzugsräume, die vor allem für psychisch kranke Kinder unverzichtbar sind. Zudem können gehbehinderte Kinder gar nicht aufgenommen werden. Aufgrund der Enge müssen laut Schulleitung ein bis drei Kinder pro Woche abgelehnt werden.

Vor diesem Hintergrund wäre es allzu leicht, nach der öffentlichen Hand zu rufen. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten gibt es aber derzeit keinen Spielraum im städtischen Haushalt. Schuldezernentin Rose-Lore Scholz ist es ein Anliegen, die Brückenschule für den nächsten Haushalt zu bedenken. Das ist aber abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Prioritätensetzung. Die Stadt ist bereit, ein Grundstück für



einen Neubau zu stellen.

Vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, dass sich eine Bürgerstiftung Brückenschule gegründet hat, um die Situation zu ändern – allen voran die beiden Schirmherren der Stiftung Rose-Lore Scholz und Stephan Ziegler, Vorstandsvorsitzender der Nassauischen Sparkasse. Die Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Brückenschule ein eigenes Gebäude erhalten soll, das den besonderen Bedürfnissen der Kinder gerecht wird. Auch gehbehinderte Kinder sollen dann unterrichtet werden können.

Für den Neubau will die Stiftung rund sieben Millionen Euro mit Hilfe von Sponsoren und Aktionen zusammenbringen. Wichtigste Aktion wird in diesem Jahr der Brückenlauf zugunsten der Brückenschule am 26. August sein, den die Stiftung in Kooperation mit Partnern organisiert.

Ich habe sehr gerne die Schirmherrschaft für den Wohltätigkeitslauf

übernommen, denn Lernen und Gesundwerden brauchen ein förderndes Umfeld wie z. B. in einem angemessenen Schulgebäude. Zudem möchte ich eine private Initiative unterstützen, die mit einem visionären Projekt kranken Kindern helfen will und nicht gleich und ausschließlich nach der öffentlichen Hand ruft. Langfristig kranke Kinder erhalten durch den Unterricht ein Stück Normalität, Hoffnung und eine reelle Chance, wieder in ihre Regelschule zu ihren Freunden zurückkehren zu können. Sie können in der Brückenschule sogar einen gleichwertigen Schulabschluss wie in der Regelschule machen. All das verdient unsere Unterstützung.

Die Organisatoren des Brückenlaufs erwarten 8.000 bis 10.000 Läufer: Freizeitsportler jeden Alters, Einzelläufer und Teams aus Schulen, Unternehmen oder Vereinen.

Das Startgeld von 15 Euro für Erwachsene und 5 Euro für Schüler fließt vollständig der Brückenschule zu. Die Kosten für die Veranstaltung und das attraktive Rahmenprogramm werden Sponsoren tragen. Da ich selbst eine begeisterte Läuferin bin, hoffe ich, dass sich möglichst viele Menschen beteiligen und den 26. August zu einem erfolgreichen Tag für die Brückenschule und für den Zusammenhalt der Stadt werden lassen.

Ihre Kristina Schröder

Weitere Informationen unter www.brueckenschule-wiesbaden.de und www.brueckenlauf-wiesbaden.de



MIT-Bezirksverband Westhessen neu gegründet Torsten Tollebeek einstimmig zum Bezirksvorsitzenden gewählt

Die Kreisverbände der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) von Wiesbaden, Rheingau-Taunus und Limburg-Weilburg haben sich zusammengeschlossen und am 20. April 2010 einen neuen MIT-Bezirksverband Westhessen gegründet.

Als Bezirksverbandsvorsitzender wurde der MIT-Kreisvorsitzende Torsten Tollebeek (MIT Wiesbaden) einstimmig gewählt. Ebenfalls wurden als Stellvertreter Paul Dries (MIT Rheingau-Taunus) und Willi Hamm (MIT Limburg-Weilburg) ebenfalls einstimmig gewählt.



Weiter gehören dem neuen Bezirksverband Westhessen Jens-Werner Wieltsch (MIT Wiesbaden) als Schriftführer sowie Renate Diefenbach (MIT Wiesbaden), Alexander Gläser (MIT Limburg-Weilburg), Pilar May (MIT Wiesbaden) sowie Peter Stamm (MIT Limburg-Weilburg) an.

Neben der Vertretung mittelständischer Interessen wird der neue Bezirksverband sicherstellen, dass die Union in Westhessen an einem klaren wirtschaftspolitischen und konservativen Kurs festhält.“

Boy's Day ab 2011 auch in Wiesbaden

Auch in Wiesbaden sind Jungen in der Schule weniger erfolgreich als Mädchen.

Von den fast 200 Schülern, die 2008 ohne Abschluss die Schule verlassen haben, sind etwas mehr als die Hälfte (54 Prozent) Jungen. Gleichzeitig haben Jungen mit 46 Prozent etwas weniger häufig Abitur gemacht als Mädchen.

„Heute gelten nicht mehr die Mädchen, sondern die Jungen als Problemkinder, auch wenn die Zahlen für Wiesbaden nicht allzu drastisch sind. An der Entwicklung wollen wir etwas ändern“, sagte die Wiesbadener CDU-Bundestagsabgeordnete und Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder anlässlich des 10. bundesweiten „Girl's Day“. Die Aufgabe der Politik müsse es sein, diese Benachteiligung abzubauen. „In der Frauen- und Mädchenpolitik haben wir viel erreicht – das muss uns nun genauso bei Männern und Jungen gelingen“, so Schröder.

Das schlechtere Abschneiden von Jungen liege unter anderem daran, dass Kindergärten und Schulen weiblich dominiert seien. „Den Jungen fehlen oft männliche Vorbilder, viele wachsen ohne Vater auf und haben sowohl im Kindergarten als auch in der Grundschule kaum Männer als Bezugspersonen. Wir brauchen daher mehr Männer in Kitas und Grundschulen, eine Pädagogik, die noch stärker auf jungenspezifische Bedürfnisse eingeht und Programme, die zum Beispiel männlichen Schulverweigerern eine zweite Chance geben“, sagte Schröder.

Neue Perspektiven aufzeigen – nicht umerziehen Eine Maßnahme sieht Schröder darin, ab 2011 bundesweit einen „Boy's Day“ parallel zum „Girl's Day“ durchzuführen. Dabei sollen Jungen Berufe gezeigt bekommen, die eher typische Frauenberufe sind wie Kindergärtnerin, Grundschullehrerin oder Pflegerin.

In der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft sinke die Nachfrage nach Arbeitsplätzen im produzierenden Gewerbe, das traditionell männlich dominiert sei. Zugleich steige der Bedarf etwa an Erziehern oder Altenpflegern. Schröder will deshalb gerade bei den Jungen das Interesse für diese Berufe wecken und ihnen damit neue berufliche Perspektiven bieten.

„Wir wollen Jungen nicht umerziehen, aber Ihnen die Chance geben, ihre Talente zu entdecken“, so Schröder. Der „Boys' Day“ sei somit ein Baustein für eine neue Jungen- und Männerpolitik.

„Bei Mädchen hat die Politik viel erreicht, jetzt wollen wir bei den Jungs genauso viel erreichen“, sagte Schröder. Sie ruft daher Wiesbadener Unternehmen, Organisationen und Einrichtungen auf, im nächsten Jahr gezielt Schnupperpraktika für Jungen anzubieten.



Startschuss für ein Richtungsweisendes Projekt

Aus dem Landtag von Astrid Wallmann (MdL)

Mit der Einführung der neuen Schulform „Mittelstufenschule“ hat die Landesregierung den Startschuss für ein Richtungsweisendes Projekt gegeben, von dem auch alle Wiesbadener Haupt- und Realschulen profitieren können.

Künftig sollen Schulen die Möglichkeit erhalten, die Bildungsgänge „Haupt- und Realschule“ unter einem Dach zusammenzufassen – beide haben aber nach wie vor ihren eigenen Abschluss: der Hauptschulabschluss beinhaltet eine vor allem berufspraktische Zielrichtung, der Realschulabschluss geht in Richtung einer schulisch-theoretischen Ausbildung mit der Übergangsmöglichkeit nach Klasse 10. Eine Neuerung soll es ab Klasse 8 geben: auf Freiwilligenbasis können Hauptschüler an zwei Tagen, neben dem schulischen Angebot am Unterricht einer kooperierenden Berufsschule teilnehmen. Generell gilt: es gibt auch viele andere Möglichkeiten, die gewünschte Praxisorientierung zu erreichen – die genaue Ausgestaltung obliegt der jeweiligen Schule. Jede Schülerin und jeder Schüler soll entsprechend ihrer/seiner Begabung, gemäß den jeweils vorhandenen Stärken und Neigungen gefördert werden – dies wird in kleinen Lerngruppen, im praxis- und handlungsorientierten Unterricht, vonstatten gehen. Von den vorgesehenen Entwicklungen ist der gymnasiale Bildungsweg nicht betroffen – dieser bleibt, unverändert, sowohl an Gymnasien als auch an integrierten und kooperativen Gesamtschulen erhalten.

Das Modell der Mittelstufenschule sieht einen Eingang und zwei Ausgänge vor. Die Haupt- und Realschüler beginnen mit dem Unterricht (in der Sekundarstufe I) gemeinsam in der fünften Klasse. Auf Beschluss der Schulkonferenz, im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt, kann die Klasse 5 entweder bildungsgangdifferenziert oder in den Fächern Deutsch, Mathematik und der ersten Fremdsprache teildifferenziert oder gemeinsam unterrichtet werden. Ab der Jahrgangsstufe 6 werden die Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache teildifferenziert unterrichtet. Um wohnortnahe und kleine Schulstandorte zu erhalten, kann der Unterricht in den Jahrgangsstufen 6 und 7 ausnahmsweise auch gemeinsam erfolgen. In Jahrgangsstufe 7 wird aufgrund der jeweiligen Begabung für jede Schüle-



rin und jeden Schüler festgelegt, welche individuelle Förderung vorgenommen werden muss, um die entsprechende Ausbildungsreife zu erlangen. Darüber hinaus sind fächerübergreifende Lernbereiche und projektorientiertes Lernen für alle Jahrgangsstufen vorgesehen.

Hintergrund der Einführung einer „Mittelstufenschule“ ist es, dass das hessische Schulsystem in den letzten Jahren gerade in der Sekundarstufe I zunehmend von zwei Seiten unter Druck geraten ist: Zum einen stellt die demografische Entwicklung die bisherigen Schulstrukturen in der Fläche, vor allem in ländlichen Gebieten, in Frage. Zum anderen ist in den Ballungsgebieten, so auch im Rhein-Main-Gebiet, beim Übergang auf die weiterführende Schule neben einer Abkehr von der vielfach als „Restschule“ abqualifizierten Hauptschule auch ein teilweise (jeweils von der Region abhängig) schwindendes Interesse am Besuch von Realschulen festzustellen. In der 5. Klasse wählen nur

noch rund 3 % der Schülerinnen und Schüler die Hauptschule als weiterführende Schule; da viele Schülerinnen und Schüler notenbedingt von der Realschule auf die Hauptschule wechseln müssen, bedeutet dies, dass letztendlich ca. 20 % diese Schulform besuchen. Die Einführung der Mittelstufenschule soll diesen Veränderungen Rechnung tragen, wobei die Schulträger in ihrer Entscheidung frei sind, ob sie die Mittelstufenschule einführen oder ob sie, wie bisher, Haupt- und Realschulen als eigenständige Schulform beibehalten wollen (Voraussetzung: stabile Schülerzahlen).

Mit Realisierung des neuen Konzepts soll eine Qualitätsverbesserung des Hauptschulabschlusses einhergehen, so dass die Hauptschüler insgesamt gute Chancen haben, in ein Ausbildungsverhältnis übernommen zu werden. Darüber hinaus wird das Realschulprofil verbessert werden – deren Absolventen dürften bessere Chancen als bisher für einen Eintritt in den Arbeitsmarkt oder aber gute Aussichten für weitere Qualifizierung im Zuge des Besuchs weiterer Bildungsgänge haben. Alles in allem: die Mittelstufenschule kann sich zu einem wichtigen Eckpfeiler des hessischen Bildungssystems entwickeln – zum Wohle der Kinder und der Gesellschaft insgesamt.

Impressum

Herausgeber: CDU Wiesbaden Kreisverband

Redaktionsanschrift: Frankfurter Str. 18, 65189
Tel. 06 11 / 30 60 01 Fax 06 11 / 37 33 29
E-mail: kv@cdu-wiesbaden.de
Redaktion: Ulrich Weinerth (verantwortlich)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Bezugspreis: € 0,51 (wird durch Mitgliedsbeitrag monatlich bezahlt) - Druckort Wiesbaden
www.cdu-wiesbaden.de

Dieser Raum bleibt für die Anschrift frei.

Postvertriebsstück D 7797 Wiesbaden - extra
CDU Kreisverband, Frankfurter Str. 18, 65189 Wiesbaden

Im Mai gratulieren wie sehr herzlich

zum 95. Geburtstag

23.05.10 Willi Blaschke Dotzheim

zum 90. Geburtstag

11.05.10 Hans Redlich Kostheim

zum 80. Geburtstag

04.05.10 Klaus-Herbert Becker
Walkmühltal

18.05.10 Alfons Bienefeld Bierstadt
30.05.10 Ina Nolte Walkmühltal

zum 75. Geburtstag

02.05.10 Augusta Frangel Nordenstadt
13.05.10 Walter Wihldal
Gibb/Gräselberg

zum 70. Geburtstag

07.05.10 Rudolf Zartner Bierstadt
10.05.10 Uwe Morsbach Igstadt
15.05.10 Wilfried Holz
Rheingauviertel/Hollerborn
16.05.10 Franz Kiefer Erbenheim
26.05.10 Ingrid Diefenbach Igstadt
29.05.10 Ernst Gebhardt Kostheim

zum 65. Geburtstag

10.05.10 Dieter Beltz Naurod
15.05.10 Helga Nickel Naurod
17.05.10 Wolfgang Pfeiffer Sonnenberg
22.05.10 Sigrid Meisinger Kastel
24.05.10 Eva-Marie Albrecht Mitte
26.05.10 Dr. Steffen Haas Sonnenberg
29.05.10 Dr. Karl Ernst Mack
Breckenheim
29.05.10 Hans Jürgen Wagner
Frauenstein

zum 60. Geburtstag

16.05.10 Peter Salma Gibb/Gräselberg
24.05.10 Ursula Becker-Habbig
Waldstraße/Adolfshöhe

CDU-Mitte lädt ein zum Besuch der Deutschen Film- und Medienbewertung



11.05.2010 - 18:00 Uhr Schloss Biebrich

Treffpunkt Eingang Ost (Parkseite)

Veranstaltung mit Prädikat „Besonders wertvoll“

Bald heißt es wieder „Wiesbaden - neu entdeckt“! Die Veranstaltungsreihe der CDU Mitte, bei der es interessante Einrichtungen und Orte in Wiesbaden zu entdecken gilt, wird im Mai fortgesetzt.

Am 11. Mai geht es zur Deutschen Film- und Medienbewertung (FBW) ins Biebricher Schloss. Das Team der FBW hat für die Besucher der CDU Wiesbaden ein informatives und kurzweiliges Programm zusammengestellt.

Ein kurzer Einführungsvortrag im Kinosaal gibt Einblick in die Arbeit, zu Aufgaben und Zielen der Filmbewertungsstelle vom Gründungsjahr 1951 bis heute. Die Besucher erfahren außerdem vor welchen Herausforderungen die FBW in einer veränderten Medienlandschaft steht und welche Aufgaben sich zukünftig stellen.

Kurzfilme selbst bewerten

Sich mit dem Thema Film auseinanderzusetzen ohne sich bewegte Bilder anzusehen geht natürlich nicht. Daher dürfen die Besucher die Frage „Was ist besonders wertvoll?“ selbst beantworten, indem sie Kurzfilme bewerten. Die Eckdaten der Veranstaltung im Überblick:

Wann: 11. Mai 2010, 18:00 Uhr

Wo: Biebricher Schloss, Treffpunkt am Eingang Ost (Parkseite)

Haben Sie Lust und Zeit dabei zu sein? Dann melden Sie sich jetzt bis zum 06. Mai an unter info@rolandgoelz.de oder telefonisch unter 06 11/306001.

**Bitte melden Sie sich bis zum 06. Mai an unter:
06 11 / 30 60 01 oder info@roland-goelz.de**